



Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Antrag von CDU und FDP "Sicherheit von Kinderspielzeug weiter verbessern"

Drucksache 17/ 1083

Der Landtag wolle beschließen:

In den letzten Jahren wurde in den Gremien der EU ein Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zur Überarbeitung der Richtlinie 88/378/EWG über die Sicherheit von Spielzeug erarbeitet. Mittlerweile ist die neue Spielzeugrichtlinie 2009/48/EG veröffentlicht und in Kraft getreten. Obwohl das Ziel dieser Richtlinie sein sollte, das Schutzniveau für Kinderspielzeug zu verbessern, ist bekannt geworden, dass dieses Ziel in weiten Teilen nicht erreicht wurde. Insbesondere die Regelungen zur chemischen Sicherheit von Spielzeug sollen unzureichend sein und in wesentlichen Teilen zu einer Verschlechterung des Schutzes für Kinder führen. Eine Nachbesserung der Richtlinie erscheint deshalb schnellstmöglich erforderlich.

Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert

- a) über die Situation in Schleswig-Holstein anhand von aktuellen Untersuchungsergebnissen dem Landtag mündlich zu berichten,
- b) eine umfassende bzw. aktuelle Verbraucherinformation über kritische Produkte sicherzustellen,
- c) sich gegenüber der Bundesregierung für eine schnelle Überarbeitung der Richtlinie 2009/48/EG einzusetzen, die Initiative im Bundesrat weiter zu unterstützen und ggf. um neue erforderliche Inhalte zu ergänzen,
- d) unabhängig davon sich über eine Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass in Deutschland deutlich strengere Grenzwerte für gefährliche Stoffe in Kinderspielzeug geschaffen werden.

Insbesondere soll sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass

- es zu einem EU-weiten Verbot von krebserregenden Stoffen in Spielzeug kommt,
- es zu einer Senkung der erhöhten Blei-, Quecksilber-, Arsen-, Antimon- und Bariummengen kommt,

- es zur Gleichstellung von Spielzeug mit sog. „Lebensmittelkontaktmaterialien“ kommt,
- die Hersteller in der Spielzeugrichtlinie generell verpflichtet werden, eine präventive Sicherheitsprüfung und Zertifizierung durch unabhängige Dritte durchführen zu lassen und
- bis zur Einführung einer verpflichtenden, unabhängigen Drittprüfung freiwillige nationale Prüfzeichen wie das GS-Zeichen erhalten bleiben.

Andreas Beran
und Fraktion

Rolf Fischer
und Fraktion